

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Garnprocher-Sammelnummer 25 241.
Kurz für Nachdruckpreise: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auflage, durch die Post bei täglich zweimaligem Verkauf monatlich 0,50 M., vierfachjährlich 10,50 M.
Die Speziale 37 zum Preise 2 M. Hof-Bibliothek, Sammlungen unter
Stellen u. Wohnungsmarkt. Einzelne Aus- u. Verkäufe 25 M. Vorortausgabe kostet
Zoll. Ausgabe. Umlaufspreis ges. Vorortausgabe. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Schriftleitung und Auszugsredaktion:
Martenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Mayr & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gestattet. — Unerlaubte Schriften werden nicht aufbewahrt.

Das Echo der Rede von Georges.

Der Widerhall in der englischen Presse.

Bonapart. 7. Febr. Die gesamte Presse nimmt zu London Georges Rede in Birmingham Stellung. Die Blätter kommen der Rede zu. „Observer“ schreibt: Das ganze Land sieht jetzt blutiger Lloyd George bei seiner Forderung, dass Deutschland alles zahlen müsse, was es ohne Schaden für die gesamte europäische Gemeinschaft zahlen könnte. Deutschland dürfte nicht den schweren und törichten Fehler erinnern Absehung begehen. Die volle Summe, die Deutschland zahlen könnte, müsse jedoch nicht diffiziert, sondern von den alliierten und deutschen Nachverhandlungen in gemeinsamer Arbeit festgestellt werden. Wirtschaftliche Entschädigungen machen nur ihre Urheber zum Gewinnschöpfer. Das Ziel der Reparation ist Gerechtigkeit. Der augenblickliche Reparationsplan, der ebenso wie der Friedensplan der am nächsten Plan eines kleinen Ausfalls sei, werde niemals als Werkzeug für das dienen, was beabsichtigt war. Die in dieser Beziehung herrschenden Meinungsverschiedenheiten seien jedoch Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Methode. Der Grundsatz sei klar und unerkannt. Deutschland könne in der korporative Gemeinschaft der Reparation nur als minoritierender Teil eintreten. Es dürfe die Reuerungen der Vernunft nicht das Gesicht der Schwäche auslegen. Deutschland würde am allentwendigsten aus den Folgen des Verbindens der englisch-französischen Entente Nutzen ziehen. Die Simons von Lloyd George gezielte Anrechnung bezeichnet Observer als gerecht. — In demselben Sinne schreibt **Dail News**. Die Pariser Bissens bestimmen das Blatt als phantastisch. Der Beitrag könne nur durch die Leistungsfähigkeit Deutschlands festgelegt werden, die niemand auch nur für zwei Jahre vorraus verstellen könnte.

Die **Morning Post** sieht dem deutschen Minister des Innern den Rat, die Ansichten der Deutschen der englischen Reparation nicht als maßgeblich annehmen. Kein einziger dieser Geuer würde mit dieser Stellungnahme eine Erfolgswahl gewinnen oder eine einzige Stimme im Unterhaus erhalten. Die Reden Simons und anderer politischer Männer im Reichstage ließen das ernstliche Volk vollkommen fassbar.

Die **Times** ist diesmal vollkommen mit Lloyd George einverstanden. Das Blatt schreibt: Die Rede habe über ebenso wie in Paris, Lübeck und Amerika aufzunehmen. Es sei die Rede eines Mannes, der sein Ziel klar vor Augen habe, und unumstößlich entschlossen sei, es zu erreichen. Das sei ein Beweis dafür, dass die Friedensfront der Alliierten stärker und eingerichtet ist, als noch den Befürchtungen der Feinde. Die **Times** hofft, dass die Warnungen Lloyd Georges ihre Wirkung auf die verantwortlichen Verantwortlichen in Deutschland nicht verfehlten werden.

Dail Mail schreibt: Es würde eine neue Bedeutung bedeuten, wenn die Tore einem neuen Gegenvorwurf geschlossen würden, den das Blatt oft als schärfst verbüllten Bericht bezeichnet. Umsturz unter den Alliierten zu erkennen, die unvermeidlich zu weiteren Forderungen und Versuchen führen würden. (B. T. B.)

Französische Pressestimmen.

Paris, 6. Febr. **Le Temps** sagt in seinem heutigen Leitartikel: Der englische Premierminister hat sich folgende Verhandlungsmethoden gelebt. Die deutschen Gegenbeschläge sollen von der Londoner Konferenz getroffen werden, wenn sie den Gläubigern Deutschlands mindestens die gleichen Vorteile sichern, wie die, die das Abkommen vom

29. Januar schließen. — **Journal des Débats** schreibt: Bis zur Londoner Konferenz müsste die französische Regierung unter Zugriffnahme auf die Argumente, die der englische Ministerpräsident geäußert in Birmingham ausgesprochen habe, sich entweder ein Vorwurfsrecht auf die Exportzölle oder die Mobilisierung eines Teils der deutschen Jahreszahlungen sicherstellen, damit Frankreich den ihm überlassenen Ausgaben genüge leisten könnte, die es zu erledigen drohen. (B. T. B.)

Französischer Widerhall über die Haltung Deutschlands.

Paris, 7. Febr. **Petit Parisien** spricht von der lebhaften Agitation, die in ganz Deutschland herrsche, um die offizielle Belagerung der deutschen Regierung, die der Bündnispartner nach dem Pariser Abschluss bestimmt hat, zu verstärken. Das Blatt spricht momentan von der Lage in Bayern, das den Zentrum der deutschen Ressorten geworden sei. Die bairische Regierung wolle weiter in der Einigungssache, noch in der Reparationsfrage nachgeben. Sie sage nicht ohne Berechtigung, wenn Deutschland ihr entzogen sei, werde es um so stärker sein, die Reparation verweigern zu können. Angeblich der allgemeine Erregung befürchtet man, dass die Offiziere der Kontrollkommission das Opfer neuer Angriffe würden. Wenn die Regierung nicht einschreite, und sie keine dazu nicht geneigt zu sein, dann müsse man fragen, wann die Konferenz von London stattfinden wird, ob sie überhaupt stattfindet. Die alliierten Regierungen sollten sich schon jetzt darüber beraten. (B. T. B.)

Briands Gesamtsumme.

(Grauer Drahtbericht der Dresden Nachrichten.) **Paris**, 7. Febr. Der **Monde** meldet aus Paris, dass der Deutschen in London eine Gesamtsumme aus sofortigen Zahlungen vorzulagern seien, durch deren Annahme die Pariser Beschlüsse hinfallen würden. Wenn die Deutschen 220 Milliarden Mark von zentraler Seite vorbereitet hätten, würde Deutschland der Kontrolle und der Kontrolle der Belebung des Rheinlandes würde anstreben werden.

Briand verrät uns Herr Briand auch, wer von den Deutschen und einer solche Phantasiestimme, die das gesamte deutsche Nationalvermögen im Krieg bedeutend übertrifft, vorbereitet soll. Es ist doch ein Irrtum, dass nur von einer solchen Möglichkeit zu sprechen. Die Meldung steht nur darauf aus, den Deutschen Land in die Augen zu treuen, aber an der Tatlage nichts, dass Deutschland einfach außerstande ist eine derartige Reparationssumme zu zahlen. Herr Briand fällt es nicht ein, auf die Kontrolle und auf die Belebung zu verzichten. Nun wenn Lloyd George kommt es zunächst nur darauf an, einen Fall in die gegenwärtige deutsche Crise zu treiben.

Kein Nachgeben Frankreichs.

Paris, 7. Febr. Nach dem **Matin** soll Ministerpräsident Briand erklärt haben, er werde nicht einen Milliarden von der Stellung abweichen, die er in der Reparationsfrage eingenommen habe. **Matin** sagt hingegen, die Deutschen müssten wissen, dass die französische Regierung bei dem Abkommen von Paris bis an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegangen sei. (B. T. B.)

Die Haltung der Reichsregierung.

(Grauer Drahtbericht der Dresden Nachrichten.) **Berlin**, 7. Febr. Die innenpolitische Lage ist heute früh unverändert. Die Beratungen im Reichskabinett über den Inhalt der Antwortnote sind beendet. Das Reichskabinett hat sich geeinigt, dass es keine Verhandlungen ablehnen will, um die Handelsführbarkeit der polnischen Beziehungen nachzuweisen.

Der Charakter der Londoner Konferenz.

(Grauer Drahtbericht der Dresden Nachrichten.) **Genf**, 7. Febr. Der **Temps** meldet, dass an der Londoner Konferenz mit den Deutschen keine Staatsmänner der Alliierten teilnehmen, sondern lediglich die nach Brüssel beorderten Delegierten. Das Konkurrenzieren allein schon die Londoner Konferenz als keine Ansprache mit den Deutschen, sondern als eine kurze Debatte über die den Alliierten von Deutschland zu gebenden Sicherheiten.

Amerikas Widerspruch gegen das Diktat.

Washington, 7. Febr. Das frühere Mitglied der Demokratischen Partei im amerikanischen Senat, Lewis, erklärte in einer Verkündigung, dass die amerikanischen Geschäftsführer der Regierung dabei helfen müssten, die Verbindung Deutschlands zu verhindern, denn diese wäre der Anfang vom Ende des amerikanischen Handels. Die auf der Pariser Konferenz vorgeschlagenen Vereinbarungen für die Entschädigungszahlungen würden die Zentralmächte hindern, irgendeine wirtschaftliche Hilfe von Amerika zu erhalten, und sie weiter daran hindern, Handel mit Amerika zu treiben. Die Summe und die Zahlungsmethode sei nur festgelegt worden, um Deutschland in die Unmöglichkeit zu versetzen, Hilfe von anderen als von den Gläubigern zu erhalten. Das dürften die Vereinbarten Staaten nicht ansehen.

Keine amerikanischen Vorschläge mehr.

Washington, 7. Febr. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Senats erklärte: Die Regierung der Vereinigten Staaten habe das Schambani angewiesen den alliierten Mächten keine weiteren Vorschläge auf Meer noch offenen Kredit zu gewähren, bis Harding über die Frage der fremden Aufleihen in Amerika eine neue Entscheidung getroffen habe.

Die Herabsetzung des amerikanischen Heeres.

Paris, 7. Febr. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Washington hat das Herrenrätehaus unter dem Präsidenten Wilson die Einschränkung zugunsten der Herabsetzung des Effektivbestandes des Heeres auf 175 000 Mann wiederum angenommen. (B. T. B.)

Pilsudskis Stimmungsmache.

Paris, 7. Febr. „Chicago Tribune“ zufolge war der Hauptanwalt der Reise Pilsudski nach Paris, die Abstimmung in Oberschlesien angenommen Polen zu beeinflussen und gleichzeitig in dieser Frage einen Druck auf England auszuüben. Der polnische Außenminister legte vor, dass deutsche Agenten in Oberschlesien erzählen, wenn Polen allein stünde, würde es unter seinen finanziellen und militärischen Kosten zu zusammenbrechen. Es wäre daher für die Oberschlesier besser, bei Deutschland zu bleiben, als sich Polen anzuschließen. Dennoch sollte noch vor der Abstimmung in Oberschlesien öffentlich bekannt gegeben werden, dass Frankreich Polen wirtschaftlich und militärisch unterstützen wolle. Man habe jedoch keinerlei feste Verträge abgeschlossen, sondern sei mit der bereits veröffentlichten gemeinsamen Erklärung einig.

Frankreich würde erkennen das Ergebnis der Abstimmung und die neuen Grenzen Polen zu kennen bevor es sich zum Abschluss einer militärischen Allianz bereit finde. Außerdem würde Frankreich auch die militärische Unterstützung nicht unter allen Umständen angefordert. Am Ende eines ungarisch-polnischen oder tschecho-slowakisch-polnischen Krieges würde es sich jeder Unterstützung enthalten. Sollte Deutschland einen Angriff auf Polen unternehmen oder einen russischen Angriff auf Polen unternehmen, so würde Frankreich militärische Hilfe leisten. Wird Polen von den Bolschewisten allein angegriffen, so würde Frankreich keinen Soldaten ins Feld senden, sondern nur Offiziere und Kriegsmaterial, und die französische Flotte hätte die Aufgabe, die Verbindung über Danzig frei zu halten. Eine der Bedingungen für die Rettung Frankreichs sei das jede Vereinbarte Polens gewesen, Milos zu stimmen.

Die tschechische Staatskrise.

(Von unserem Wiener Mitarbeiter.)

Wien, 4. Februar. Die tschechisch-slowakische Republik hat in der Tat alle politischen Gewalten des alten Österreichs geerbt: sie ist ein Nationalstaat, in dem die politisch-nationalen Heilungen überwiegend durch wirtschaftliche Erhöhung verhindert werden. Nichts ist charakteristischer für die Tschechoslowakei als das, dass er schon seit Jahrzehnten von einer Bemühung regiert wird, sowohl aus dem Grunde, dass seine politische Partei regelnden Faktor für bereit oder längst erklärt, dass Staatsräder zu führen, obwohl niemand im Staate mit dieser Beamten regierung einverstanden ist. Die Liebenau haben in der Prager Nationalversammlung die absolute Majorität. Die National-Demokraten als Vertreter des tschechischen Nationalismus kommen für nur einige Monate nach dem Umsturz, während im Hause des Schowitschus, während die agrarisch-patriotische Koalition ging ihnen nach vier Monaten unbedeutende Zusammenarbeit einander. Seitdem ist die politische Beteiligung der tschechischen Parteien am ehesten der ernsthafte Beamtenregierung eingestellt.

Es liegt eine gewisse Tragödie in diesem Zustande. Der Tscheche, der vier Jahrhunderte lang, insbesondere aber seit 1848, von vorne herein auf den tschechischen Kampf gegen den Habsburgerstaat eingetragen war, der eine Politik betrieb, die seit jeher aus Opposition und Polemis eingesetzt war, konnte sich nicht über Nacht in einen loyalen Staatsbürgers verwandeln, modest auch dieser Staat sein ehrlicher Nationalstaat sein. Die Steuererhebung des tschechischen Volkes botobtigte die Sozialistin in der Republik ebenso wie in der alten Monarchie, und die politische Moral des tschechischen Parteien reiht auch heute kein einträglicher Zusammenhang, sondern nur den Gebrauch vergifteter Waffen gegenüberein. Verhindert wird dieser Kampf durch die gegenwärtige Verpflichtungsstrafe, derzeitigen die Brutt- und Mehrwert in Böhmen seit Wochen auf die Hälfte herabgesetzt werden muss und derentwegen sogar die französische Regierung in London wegen Anfangs eines Gewerbes unterhandelt. Wie andernorts, so findet auch in Böhmen die Bauern mit ihrer Betriebsförderung im Städtebau, da sie ihr wieder nicht zu einem Bruchteil des Weltmarktpreises vertan wollen, als Folge davon ergab sich einmal die erwähnte Verpflichtungsstrafe, dann auch der endgültige Auseinandersetzung der rot-grünen Koalition. Der Kampf zwischen Agrariern und Sozialisten kann nicht beendet werden, so dass jedwede Koalitionsvereinbarung die auf weiteres ausgeschlossen erscheinen. Das Regenbogen aus tschechischen Bauernkämpfen bildet die Radikalfaktion der tschechischen Arbeitermassen, was wieder auf die gemäßigten tschechischen Sozialdemokraten einwirkt, obwohl sie aus Zweck vor kommunistischen Abstimmungen jedwede Beteiligung an der Regierung ablehnen. Diese innere politische Schwäche des Tschechentums führt zunächst zu gewissen Radikalisierungen der Regierung gegenüber den Sudetendeutschen, ohne dass dadurch eine Teilnahme der Deutschen an der Kabinettbildung erreicht werden konnte. Die numerisch starke deutsche Partei, die Sozialdemokraten, machen diese Krise durch, wie ihre tschechischen Kollegen, und befinden von einer Minderheit in einer Regierung vorbehalt der tschechischen Kommunisten, während bei den Christlichsozialen und Deutschnationalen die Erinnerung an die Herbstrevolution noch so lebendig ist, um eben schon an eine politische Zusammenarbeit mit ihren netto-freien Brüdern denken zu dürfen.

Auch auf die tschechische Außenpolitik wirkt die chronische Krise ab, insoweit die Prager Stadtadmiral Detrich gegenwärtig wesentlich höhere Töne anschlagen, als noch vor etwa einem halben Jahr. Wieviel hierbei auch wirtschaftliche Entwicklungen aus Paris beitragen, gehört an ein anderes Blatt. Österreich hat gesehen, dass es auch ohne Tschechen seinen Leidensweg gehen kann. Dies und das zunehmende Gefühl der politischen Vereinfachung noch lassen wie noch außen hin nimmt der tschechischen Politik allmählich alle Spuren.

Der deutsch-tschechische Kohlenaustausch.

Die Verhandlungen über den Kohlenaustausch zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei wurden am Sonnabend in Berlin beendet. Der Reichskohlenkommissar Dr. Strub nahm daran teil. Der tschechische Vertreter wurde bis Ende Juni verlängert. Das von Deutschland zu liefernde Kontingent an Steinkohlen wurde um 500 Tonnen monatlich erhöht. Im Juni, wenn vorzuhaltlich die österreichische Krise gelöst sein wird, werden die Verhandlungen über die Erneuerung des Vertrages wieder aufgenommen.

Scheidemann über den Zusammenbruch.

(Grauer Drahtbericht der Dresden Nachrichten.) **Berlin**, 7. Febr. Philipp Scheidemann erzählt in seinem soeben erschienenen Buch: „Der Zusammenbruch“: Am 21. Oktober 1918 habe Prinz Max in der Kabinettssitzung mit Reden erklärt, dass er die Befreiungsbewegung nicht abgetötet habe, weil er dazu von der Obersten Heeresleitung geradezu gezwungen gewesen sei, wäre es nach ihm gegangen, dann wäre anders verfahren worden. Es feiern, berichtet Scheidemann weiter, vom Kabinett außer Hindenburg und Ludendorff auch die Generale Plüdder und Gallwitz um Aufkunft erachtet worden. Sie hätten nur über Frontabschüsse Aufkunft geben können. Scheidemann habe einen von der Front zu gehenden Befehl eines Divisionalkommandeurs vorgetragen, der einen geradezu erstickenden Einbruch ausgelöst hat. Es sei darin offen von Seiten gebracht worden, die ihre Waffen fortgeworfen hätten. Ludendorffs Verhalten sei allen unverständlich geblieben. Nachdem er erkennen, dass er nun neues Menschenmaterial verlangt, um den Kampf fortzusetzen, habe er nun neues Menschenmaterial genommen werden sollen, habe er erwidert: Herr Oberst werde sie von schaffen. Als der Kriegsminister Scheidemann die Möglichkeit ausgerechnet habe, neue 600 000 Mann aufzustellen, sei Ludendorff wieder gegen die Befreiungsbewegung gewesen.